

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Oktober 2022

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Rat der EU: Mindestlohnrichtlinie angenommen	1
EU-Parlament: Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit von Kindern	1
EU-Parlament: Berichte zur Bekämpfung von Kinderarmut: Kindergarantie und weitere Maßnahmen	1
EU-Parlament: Stellungnahme zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen.....	2
EU-Kommission: Leitlinien zur Förderung digitaler Kompetenzen	2
Rat der EU: Richtlinie zur paritätischen Besetzung von Leitungsorganen beschlossen.....	3
Rat der EU: Europäische Gesundheitsunion vervollständigt.....	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Schweiz: Neues Gesetz zum Jugendschutz bei Filmen und Videospielen	3
Deutschland: Empfehlungen der UN zur Umsetzung der Kinderrechte	4
Deutschland: Kein rückwirkender Kindergeldanspruch für subsidiär Schutzberechtigte	4
Belgien: Reform der staatlichen Rente	4
Dänemark: Reform des Mindesteinkommens für Kinder	4
Irland: Neues Programm zur Unterstützung von Eltern	5
Finnland: Reform des Abtreibungsgesetzes beschlossen	5
Malta: Haushaltspläne rücken Energiekosten ins Zentrum	5
Weitere Nachrichten	5
EU-Alliance for investing in children: Positionspapier zur EU-Pflegestrategie.....	5
Neues Interdisziplinäres Forschungsnetzwerk zu transnationalen Familien in Europa.....	6
European Gender Equality Week.....	6
Berichte und Studien	7
COFACE: Bericht zur Umsetzung der Work-Life-Balance-Richtlinie	7
Social Inclusion: Themenheft zur Teilhabe armutsbetroffener Kinder und Jugendlicher	7
Population Europe: Kurzberichte zu demografischen Trends in Europa.....	7
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8



Nachrichten aus den EU-Institutionen

Rat der EU: Mindestlohnrichtlinie angenommen

Der Rat der EU hat die endgültige Fassung der Richtlinie über angemessene Mindestlöhne angenommen. Damit sollen angemessene gesetzliche Mindestlöhne in der gesamten EU gefördert sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessert und angeglichen werden. Um die unterschiedlichen Bedingungen und Lohnniveaus zu berücksichtigen, wird kein einheitlicher Mindestlohn für die EU festgelegt. Die Richtlinie enthält Kriterien für die Mitgliedstaaten, nach denen sie Mindestlöhne festlegen, Aushandlungsprozesse zwischen den Sozialpartnern und den Zugang möglichst vieler Arbeitnehmer:innen zum Mindestlohnschutz fördern sollen. Die Mitgliedstaaten müssen der EU-Kommission künftig Bericht über den Anteil der Arbeitsverhältnisse mit Tarifverträgen, das Niveau gesetzlicher Mindestlöhne und die Quote der Arbeitnehmer:innen mit Mindestlohnschutz erstatten.

- [Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der EU](#) 

EU-Parlament: Auswirkungen der Pandemie auf die psychische Gesundheit von Kindern

Das EU-Parlament fordert verstärkte Investitionen in Bildung und Kultur, um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Mit einem Bericht macht das Parlament darauf aufmerksam, dass der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Problemen von zehn bis 20 Prozent vor der Pandemie auf aktuell 20 bis 25 Prozent angestiegen ist. Dies wird vor allem auf Maßnahmen wie Schulschließungen und das Aussetzen von Freizeitaktivitäten in Präsenz zurückgeführt. Das Parlament weist darauf hin, dass pädagogisches Personal an Schulen und bei kulturellen und sportlichen Angeboten einen positiven Einfluss auf das Wohlbefinden von Kindern haben könnte. Die Mitgliedstaaten werden deshalb aufgerufen, ihre Ausgaben in diesem Bereich deutlich zu erhöhen. Auch in die Qualität der Ausbildung in pädagogischen Berufen müsse investiert werden. Zudem sei es entscheidend, die Stigmatisierung psychischer Erkrankungen zu bekämpfen. Bildungsinstitutionen könnten vor allem dann einen positiven Einfluss auf die psychische Gesundheit von Kindern haben, wenn das Thema dort offen behandelt werde.

- [EU-Parlament: Bericht über die Auswirkungen der Pandemie-Maßnahmen auf die psychische Gesundheit von Kindern](#) 

EU-Parlament: Berichte zur Bekämpfung von Kinderarmut: Kindergarantie und weitere Maßnahmen

Anlässlich des Internationalen Tages für die Beseitigung der Armut am 17. Oktober hat das Europäische Parlament eine Übersicht der Maßnahmen herausgegeben, mit denen die EU Kinderarmut bekämpft. Kurz aufgeführt und verlinkt sind rechtliche Grundlagen wie die UN-Kinderrechtskonvention und die EU-Grundrechtecharta. Anschließend sind wichtige sozialpolitische Programme für dieses Ziel, wie die Strategie Europa 2020 und die europäische Säule sozialer Rechte aufgeführt. Außerdem sind die verschiedenen Finanzierungsprogramme aufgeschlüsselt und schließlich der Beitrag des Europäischen Parlaments dargestellt.

Auf Anfrage des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten hat das EU-Parlament außerdem untersucht, wie sich der Zugang zu sozialen Rechten von Kindern im Vergleich der EU-Mitgliedstaaten entwickelt. Die Analyse zum Zeitpunkt der Einführung der EU-Kindergarantie soll dazu dienen, Indikatoren zur Beurteilung ihrer Wirkung aufzuzeigen. Dabei wurde berücksichtigt, welche Maßnahmen im Rahmen der EU-Kindergarantie

geflüchteten Kindern zugutekommen sollen. Insgesamt seien der Krieg in der Ukraine und die Situation geflüchteter Kinder in den Aktionsplänen kaum berücksichtigt. Die Entwicklung der Situation von Kindern in der EU wird insgesamt als positiv beurteilt: Die Ungleichheiten zwischen den EU-Staaten in den Bereichen Armut, frühkindliche Bildung und Betreuung, Wohnen, Energie und Nahrungsmittelversorgung verringerten sich im Durchschnitt. Die Teilhabe und soziale Sicherung von Kindern verbesserten sich in allen Mitgliedstaaten, wenn auch mit Rückschlägen aufgrund wirtschaftlicher Krisen und der Corona-Pandemie.

Das EU-Parlament hat außerdem ein Briefing mit Informationen zu einzelnen Aktionsplänen für die Umsetzung der EU-Kindergarantie herausgegeben. Die Aktionspläne von Griechenland, Spanien, Ungarn, Irland, Italien und Luxemburg werden anhand der Bereiche Armut, frühkindliche Bildung und Betreuung, Wohnen, Energie und Nahrungsmittelversorgung dargestellt. Für jeden Bereich werden die identifizierten Zielgruppen von Kindern, geplante Maßnahmen und ihre Finanzierung aufgeführt.

- [EU-Parlament: Beitrag der EU zur Bekämpfung von Kinderarmut](#)  
- [EU-Parlament: Die Aktionspläne der Mitgliedstaaten für die EU-Kindergarantie](#)  
- [Briefing über Aktionspläne ausgewählter Mitgliedstaaten für die EU-Kindergarantie](#)  

EU-Parlament: Stellungnahme zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments hat eine Stellungnahme über die Rechte von Menschen mit Behinderungen abgegeben. Darin wird grundlegend dargestellt, dass die inklusive Gestaltung aller gesellschaftlichen Bereiche die Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen verbessert und damit ihre Schutzbedürftigkeit und Armutsgefährdung verringert. In besonderem Maße gelte dies für die Erwerbsarbeit, die Menschen mit Behinderungen ein Leben in finanzieller Unabhängigkeit ermöglichen könne. Dementsprechend enthält die Stellungnahme vor allem Vorschläge zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt. Die Europäische Arbeitsbehörde wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden die Arbeitsrechte behinderter Menschen umzusetzen. Beschäftigung und Inklusion müssten menschenrechtsbasiert gestaltet werden, sodass allen Menschen ihre Freizügigkeit, Unabhängigkeit und Teilhabe garantiert werden könne. Es wird darauf hingewiesen, dass sich Diskriminierungsformen überlagerten. EU-Maßnahmen müssten die Menschen mit Behinderungen besonders berücksichtigen, die weiteren Diskriminierungen ausgesetzt sind. Bei der Konzeption von Maßnahmen zur Teilhabe und Inklusion müssten Menschen mit Behinderungen und ihre Familien auf allen Ebenen einbezogen werden.

- [Stellungnahme zum Thema "Gleiche Rechte für Menschen mit Behinderungen"](#) 

EU-Kommission: Leitlinien zur Förderung digitaler Kompetenzen

Die EU-Kommission hat Leitlinien für Lehrkräfte und andere Pädagog:innen erstellt, um an Schulen die Förderung digitaler Kompetenzen zu verbessern. Sie bieten Informationen über den Umgang mit digitalen Inhalten und praktische Ressourcen zur Vermittlung kritischen Denkens. Ein wichtiger Aspekt ist dabei, die Fähigkeit zur Bewertung von Inhalten und zur Identifizierung von Falschinformationen zu schulen. Neben Möglichkeiten zum Faktencheck seien die Unterscheidung von Meinungen und sachlichen Informationen sowie das Verstehen emotionaler Mechanismen von Falschinformationen dabei zentral. Die Leitlinien sind Bestandteil des Aktionsplans für digitale Bildung der EU-Kommission, der die Mitgliedstaaten dabei unterstützen soll, ihre Schulsysteme an die

Digitalisierung anzupassen. Für 2023 hat die EU-Kommission das Jahr der Kompetenzen ausgerufen, mit dem die Förderung zukunftsorientierter Fähigkeiten in der Aus- und Weiterbildung vorangebracht werden soll.

- [EU-Kommission: Leitlinien zur Vermittlung digitaler Kompetenzen für Lehrkräfte](#)

Rat der EU: Richtlinie zur paritätischen Besetzung von Leitungsorganen beschlossen

Der Rat der EU hat die Richtlinie zur Förderung einer ausgewogenen Vertretung der Geschlechter in Leitungsorganen börsennotierter Gesellschaften angenommen. Sie soll dazu beitragen, dass Frauen auf allen Karrierestufen gleichwertig vertreten sind. Auch für Unternehmen werde dies positive Effekte mit sich bringen. Die Richtlinie sieht vor, dass börsennotierte Gesellschaften im Bereich der nicht geschäftsführenden Direktion zu mindestens 40 Prozent mit dem aktuell unterrepräsentierten Geschlecht besetzen. Börsennotierte Unternehmen werden mit der Richtlinie verpflichtet, jährlich über die Vertretung von Frauen und Männern in den Leitungsorganen und über ihre Maßnahmen zum Erreichen der EU-Ziele zur Gleichstellung Bericht zu erstatten. Wenn sie die Ziele der neuen Vorschriften nicht erreichen, müssen sie transparente und faire Verfahren einführen, die zu einer unbefangenen Auswahl der qualifiziertesten Kandidat:innen beitragen.

- [Rat der EU: Ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in Leitungsorganen von Unternehmen](#)

Rat der EU: Europäische Gesundheitsunion vervollständigt

Der Rat der EU hat die letzten Bausteine für die Europäische Gesundheitsunion beschlossen. Dazu zählen die Erweiterung des Mandats des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und die Notlagen-Rahmenverordnung der EU-Behörde für Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA). Damit soll die Vorsorgeplanung und die Überwachung von gesundheitlichen Risiken EU-weit koordiniert werden können. Für medizinische Maßnahmen soll die gemeinsame Auftragsvergabe ermöglicht werden. Außerdem werde die Möglichkeit geschaffen, für künftige Gesundheitsgefährdungen unkompliziert EU-weite Maßnahmen zu ergreifen. Das ECDC soll künftig ein Exzellenznetzwerk von Laboren einrichten und werde mit seinem neuen Mandat in der Lage sein, im Fall gesundheitlicher Notlagen eine EU-Gesundheits-Taskforce einzurichten.

- [Die Europäische Gesundheitsunion](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Schweiz: Neues Gesetz zum Jugendschutz bei Filmen und Videospielen

Der National- und Ständerat der Schweiz hat ein neues Gesetz zum Jugendschutz in Medieninhalten beschlossen. Es bezieht sich auf Inhalte von Filmen, Videos auf Internetplattformen und Videospiele. Das Gesetz soll Kinder und Jugendliche davor schützen, beim Konsum dieser Medien Inhalte zu begegnen, die ihre Entwicklung gefährden. Um dies zu erreichen, sollen Kinos, der Handel und Abrufdienste zur Kennzeichnung von Altersgrenzen und zur Kontrolle des Alters von Konsument:innen verpflichtet werden. Zudem enthält das neue Gesetz Richtlinien zur Medienkompetenzförderung und Prävention der Gefährdung Jugendlicher durch Medien.

- [Gesetzentwurf zum neuen Jugendschutzgesetz für Medieninhalte in der Schweiz](#) 

Deutschland: Empfehlungen der UN zur Umsetzung der Kinderrechte

Der UN-Kinderrechtsausschuss hat Empfehlungen zur Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland veröffentlicht. Darin wird positiv hervorgehoben, dass Deutschland bereits den Jugendschutz reformiert und das Ganztagsförderungsgesetz beschlossen habe. Beim Schutz von Kindern vor Gewalt, sexuellem Missbrauch und Diskriminierung sieht der Ausschuss Verbesserungsbedarf. Auch im Umgang mit minderjährigen Geflüchteten seien die Rechte von Kindern und Jugendlichen nicht vollständig umgesetzt. Um die Situation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland vollständig zu überblicken und Fortschritte messen zu können, werden eine verstärkte Datenerhebung und ein besseres Monitoring empfohlen.

- [Empfehlungen des UN-Kinderrechteausschusses für Deutschland](#)  

Deutschland: Kein rückwirkender Kindergeldanspruch für subsidiär Schutzberechtigte

Der deutsche Bundesfinanzhof hat entschieden, dass subsidiär Schutzberechtigte erst ab dem Zeitpunkt Kindergeldanspruch haben, an dem sie einen gültigen Aufenthaltstitel haben. Der Bundesfinanzhof entschied dies im Fall einer Mutter, deren Asylantrag abgelehnt wurde. Ihr und ihren zwei Kindern wurde jedoch subsidiärer Schutz aus humanitären Gründen gewährt. Die zuständige Kommune hatte daraufhin rückwirkend das Kindergeld ab dem Zeitpunkt ihrer Einreise nach Deutschland bei der Familienkasse beantragt. Der BFH gab an, dass das Vorläufige Europäische Abkommen über Soziale Sicherheit (VEA) zwar den Leistungsanspruch Geflüchteter ab dem Zeitpunkt ihres Aufenthalts im Bundesgebiet vorsehe. Dies gelte jedoch nicht für subsidiär Schutzberechtigte, da diese keine anerkannten Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention seien.

Belgien: Reform der staatlichen Rente

Angesichts der ökonomischen und sozialen Auswirkungen einer alternden Gesellschaft hat Belgien eine Reform der staatlichen Rente beschlossen. Sie wird den Rentenbonus wieder einführen, den es in der Vergangenheit bereits gegeben hatte. Er sieht vor, dass Arbeitnehmer:innen für jeden Tag, den sie nach Erreichen der Berechtigung auf Frührente arbeiten, einen Bonus zusätzlich zu ihrer regulären Rente erhalten. Der Bonus war 2015 abgeschafft worden und soll nun wieder ältere Arbeitnehmer:innen motivieren, im Beruf zu bleiben. Außerdem wurde der Zugang zur Mindestrente verschärft: Zukünftige Renter:innen haben nur dann Anspruch auf die Mindestrente, wenn sie neben den 30 bereits jetzt geforderten Jahren von Arbeit, Pflege, Krankheit und Erziehung mindestens 20 Jahre der reinen Erwerbstätigkeit nachweisen können. Zugleich soll die Rente von Arbeitnehmer:innen steigen, die in Teilzeit oder mit Unterbrechungen gearbeitet haben, um Kinder zu erziehen und zu versorgen.

- [Kurzbericht zur Rentenreform in Belgien](#)  

Dänemark: Reform des Mindesteinkommens für Kinder

Die soziale Sicherung in Dänemark wurde mit dem Ziel reformiert, ein wirksames Mindesteinkommen für Kinder zu schaffen. Eingeführt wird eine neue Leistung speziell für Freizeitaktivitäten von Kindern wie z.B. Sport, kulturelle Aktivitäten, und Schulveranstaltungen. Neben Mitgliedschaften und Eintrittsgeldern können auch Equipment, Schulmaterialien und Geburtstagsgeschenke von der Beihilfe bezahlt werden. Die Leistung beträgt 34 Euro pro Kind und maximal 134 Euro pro Haushalt. Eltern müssen die Ausgaben für Aktivitäten ihrer Kinder alle drei Monate

dokumentieren. Außerdem wird eine bisher temporär eingeführte Familienleistung für Empfänger:innen von Leistungen der Mindestsicherung in einen dauerhaften Kinderzuschuss umgewandelt. Er beträgt zwischen 42 Euro und 63 Euro pro Haushalt und zusätzlich 90 Euro für Alleinerziehende. Die Beträge, die Haushalte maximal aus verschiedenen Leistungen der Mindestsicherung beziehen können, wurden außerdem angepasst. Die Aufnahme geringfügiger Beschäftigungen soll sich so auch für Beziehende der Mindestsicherungsleistungen lohnen.

- [Kurzbericht zur Reform der Mindestsicherung in Dänemark](#)  

Irland: Neues Programm zur Unterstützung von Eltern

Das irische Ministerium für Kinder, Gleichstellung, Menschen mit Behinderungen, Integration und Jugend hat ein neues Modell für Services zur Unterstützung von Eltern entwickelt. Das Programm „Supporting Parents“ soll Eltern von der Schwangerschaft bis zum Erwachsenwerden ihrer Kinder unterstützen. Die Bereitstellung von Unterstützungsleistungen soll landesweit auf gleichem Niveau gesichert werden. Außerdem sollen die Rolle der bestehenden Koordinationsbüros gestärkt und die Finanzierung verbessert sowie die Forschung zum Thema Elternunterstützung und die Evaluation bestehender Angebote vorangebracht werden. Geplant sind außerdem die Publikation von Leitlinien für Einrichtungen, die Unterstützung für Eltern anbieten und ein Kommunikationsplan, der die Bekanntmachung und Erläuterung an die Zielgruppe der Eltern unterstützen soll.

- [Irland: Kurzbericht zum neuen Programm zur Unterstützung von Eltern](#)  

Finnland: Reform des Abtreibungsgesetzes beschlossen

Das finnische Parlament hat eine Reform der gesetzlichen Regelung von Abtreibungen beschlossen. Sie geht auf eine Bürgerinitiative zurück und soll den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in Finnland erleichtern. Anfang nächsten Jahres soll das Gesetz in Kraft treten, nach dem bis zur zwölften Woche eine Abtreibung auf Wunsch der Schwangeren durchgeführt werden kann. Weitere Begründungen und die zuvor notwendige Begutachtung durch zwei Ärzt:innen müssen dazu nicht länger vorgewiesen werden.

Malta: Haushaltspläne rücken Energiekosten ins Zentrum

Die neue Regierung Maltas hat ihren ersten Haushaltsplan für das kommende Jahr vorgelegt. Darin werden die Energiekrise und der Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen angesichts steigender Preise zentral gestellt. Das Budget sieht 508 Millionen Euro für Zuschüsse zu Energie- und Benzinkosten vor. Ein zusammenlebendes Paar kann davon z.B. 2.000 Euro im Zeitraum von zwölf Monaten erhalten. Für 80.000 besonders bedürftige Bürger:innen werden Zuschüsse zu den Lebenshaltungskosten von 300 Euro gezahlt. Weitere Leistungen sind für Beziehende von Wohngeld geplant. Studierende erhalten zusätzlich einen Zuschuss von 50 Euro.

Weitere Nachrichten

EU-Alliance for investing in children: Positionspapier zur EU-Pflegestrategie

Die Alliance for investing in children unterstützt die Pläne der EU für eine Pflegestrategie als europäischen Rahmen für die Bedürfnisse von Kindern, Familien und Pflegenden. In seinem Positionspapier zur Strategie betont das

Bündnis, dass die Ausrichtung der Strategie auf alle Altersgruppen richtig sei. Im Verlauf des Lebens treten immer wieder Phasen der Pflegebedürftigkeit und der Pfl egetätigkeit auf, sodass Pflege nicht als randständiges Thema behandelt werden dürfe. Positiv hervorgehoben wird auch die Berücksichtigung der Arbeitsbedingungen Pflegenden und der ungleichen Verteilung von Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern. Gestärkt werden könnte die Unterstützung für familiäre und community-basierte Pflege. Damit würde die Strategie den Prozess der Deinstitutionalisierung von Pflege fördern. Diskriminierung sowohl beim Zugang zu hochwertiger Pflege als auch im Bereich der Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte mit Migrationshintergrund müsste stärker beachtet werden. Außerdem sollte die EU die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung unterstützen und in enger Zusammenarbeit die Ausarbeitung der derzeit vorgesehenen nationalen Aktionspläne begleiten, um die Implementierung bis zum Jahr 2030 sicherzustellen.

- [Alliance for investing in children: Positionspapier zur EU-Pflegestrategie](#)  

Neues Interdisziplinäres Forschungsnetzwerk zu transnationalen Familien in Europa

Im Rahmen des COST-Programms (European Cooperation in Science and Technology) wurde am 3. Oktober ein interdisziplinäres Netzwerk zu transnationalen Familiendynamiken in Europa gestartet. In vier Arbeitsgruppen zu Aspekten transnationaler Familiendynamiken werden Praktiken der Pflege, die Situation vulnerabler Kinder, soziale Rechte und Sicherung sowie Gesundheit und Wohlbefinden erforscht. Zwei weitere Arbeitsgruppen widmen sich methodologischen Herausforderungen des Themenfeldes und der Übersetzung der Ergebnisse in politische Empfehlungen. Ziel des Netzwerkes ist es unter anderem, neue Erkenntnisse zu gewinnen, Netzwerke aufzubauen und mit politischen Entscheider:innen auf allen Ebenen in den Austausch über die Situation transnationaler Familien zu treten. Dazu sollen in Bezug auf die EU-Politik die Europäische Säule sozialer Rechte, die EU-Kindergarantie und die geplante EU-Pflegestrategie als Ausgangspunkt genommen werden, um die Situation transnationaler Familien mit den gesetzten Zielen der EU abzugleichen. Sowohl COFACE Families Europe als auch die AGF engagieren sich in dem Netzwerk. AGF Geschäftsführer Sven Iversen wurde während der Auftaktsitzung am 03. Oktober in Brüssel zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Vorsitzende ist Prof. Mieke Schrooten von der Universität Odisee in Belgien.

- [Interdisziplinäres Forschungsnetzwerk zu transnationalen Familien in Europa](#)  

European Gender Equality Week

Vom 24. bis zum 30. Oktober wurde in diesem Jahr zum dritten Mal die European Gender Equality Week des EU-Parlaments durchgeführt. In verschiedenen Veranstaltungen wurden Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit behandelt, von der Rolle der Frauen bei den Protesten im Iran, über die geschlechtlichen Dimensionen von Nahrungsmittelunsicherheit und Kohäsionspolitik bis hin zur geplanten EU-Pflegestrategie und den Geschlechterrollen in der Erziehung. Die Dokumentation der Veranstaltung befindet sich als Video, Podcast oder in Blogposts auf der Website des EU-Parlaments.

- [EU-Parlament: Dokumentation der EU-Woche für Geschlechtergerechtigkeit](#) 

Berichte und Studien

COFACE: Bericht zur Umsetzung der Work-Life-Balance-Richtlinie

COFACE Families Europe hat einen Bericht veröffentlicht, in dem die Umsetzung der Work-Life-Balance-Richtlinie in zehn EU-Mitgliedstaaten vergleichend dargestellt wird. Dafür wurden Staaten ausgewählt, die unterschiedliche EU-Regionen und Typen von Wohlfahrtsstaaten abbilden sollen: Belgien, Kroatien, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, Litauen, Polen und Spanien. Einführend werden kurz die Richtlinie selbst und ihre erhofften Auswirkungen auf Bürger:innen, Unternehmen, Mitgliedstaaten und Wirtschaft dargestellt. In einer Übersicht wird außerdem gezeigt, welche Neuerungen die Richtlinie in den Bereichen Väterzeit, Elternzeit und Pflegezeit erreicht hat. Anschließend wird die Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen in den ausgewählten Staaten verglichen. Der Vaterschaftsurlaub wurde bis auf Deutschland und Ungarn in allen untersuchten Mitgliedstaaten eingeführt. Die Elternzeit hat nur Ungarn nicht umgesetzt. In Belgien, Frankreich, Italien, Litauen und Spanien sind die Vorschriften jedoch nicht vollständig umgesetzt. Im Bereich der Pflege haben Kroatien und Polen die Vorgaben der Work-Life-Balance-Richtlinie nicht erfüllt. Spanien hat die geforderten Neuerungen nur teilweise implementiert.

COFACE hat außerdem eine Veranstaltung zur Situation Alleinerziehender in der EU sowie zu Möglichkeiten ihrer wirksamen sozialpolitischen Unterstützung durchgeführt. In vier Sessions wurde sich mit psychischer Gesundheit Alleinerziehender, der Reichweite sozialpolitischer Maßnahmen für diese Gruppe, den Themen Trennung, Mediation und Patchwork-Familien sowie Wohnungspolitik für Alleinerziehende beschäftigt. Auf der Website zur Veranstaltung sind aktuelle Studien zu den behandelten Themen verlinkt.

- [COFACE: Bericht zur Umsetzung der Work-Life-Balance-Richtlinie](#)  
- [COFACE: Veranstaltung über sozialpolitische Maßnahmen für Alleinerziehende](#) 

Social Inclusion: Themenheft zur Teilhabe armutsbetroffener Kinder und Jugendlicher

Die Zeitschrift Social Inclusion hat ein Themenheft herausgegeben, das sich der sozialen Teilhabe von armutsbetroffenen Kindern und Jugendlichen widmet. Neben Beiträgen mit empirischen Ergebnissen finden sich darin Texte zur wissenschaftlichen Literatur und methodische Beiträge. Eine Untersuchung beschäftigt sich mit Bildungszielen und Barrieren Jugendlicher in Kanada. Eine weitere empirische Analyse behandelt die Erfahrungen und Sichtweisen von armutsbetroffenen Kindern in Katalonien. Zudem findet sich eine Literaturübersicht zu ökonomischer Ausbeutung von Kindern und ein Beitrag über methodologische Ansätze zur Erforschung sozialer Teilhabe von armen Kindern und Jugendlichen.

- [Themenheft soziale Teilhabe armer Kinder und Jugendlicher: Übersicht der Inhalte und Open Access](#) 

Population Europe: Kurzberichte zu demografischen Trends in Europa

Population Europe hat aktuell einige Kurzberichte in der Reihe „Pop Digests“ veröffentlicht. Das Format fasst Forschungsergebnisse zu demografischen Trends in Europa knapp zusammen. Dazu zählt eine Untersuchung, wie sich die Aufteilung der Erwerbsarbeit zwischen Eltern auf ihre psychische Gesundheit auswirkt. Eine weitere Studie untersucht den Einfluss von Hitze auf Geburten. Hitze ausgesetzt zu sein wird dabei im Kontext sozialer Ungleichheiten betrachtet. Ein Bericht befasst sich mit der Entwicklung von Geburtenraten und des Alters von

Erstgebärenden in postsozialistischen Ländern. Mit dem Lebensende beschäftigt sich ein weiterer Kurzbericht in der Reihe: Die Analyse von Todesursachen und der Prävalenz verschiedener Krankheiten am Lebensende befasst sich unter anderem mit steigenden Raten von Demenz und verschiedenen Krebsformen.

- [Population Europe: Aktuelles in der Reihe "Pop Digests"](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum / Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
07. November 2022 Brüssel, Belgien	Hearing on the Analysis of Child Guarantee National Action Plans	Europäisches Parlament, EMPL Ausschuss
16. Nov. 2022 Berlin	Starke Kinder für ein starkes und gerechtes Europa	Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, BMFSFJ
16.-17. Nov. 2022 Brüssel, Belgien & online	European Employment & Social Rights Forum	EU-Kommission
17. Nov 2022 Online	Webinar: Poland in solidarity with Ukrainian refugees	International Commission on Couple and Family Relations
28. Nov. 2022 Berlin, Deutschland	Workshop on the Integration of Refugee Families in Host Countries	DIW Berlin
01. Dez. 2022 Bern, Schweiz	Kinder, Ehe, Trennung und Scheidung – Familienkonstellationen im Wandel	Eidgenössische Kommission für Familienfragen EKFF
13. Dez. 2022 Online	Webinar: The Giant's House – Child Safety and prevention on tour	COFACE Families Europe
12.-14. Mai 2023 Newport, Wales & Online	ICCFR Jahreskonferenz "The family offers a lifetime foundation to build resilience and elasticity"	International Commission on Couple and Family Relations

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
 Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
 E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
 Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

